

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin, Oranienstraße 164, 10969 Berlin

An:
berliner frauen netzwerk
c/o Bildungs- und Beratungszentrum
Raupe und Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e.V.
Pariser Straße 3, 10719 Berlin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Berlin

Nina Stahr und Philmon Ghirmai
Landesvorsitzende

Landesgeschäftsstelle
Oranienstraße 164
10969 Berlin

Kontakt für Rückfragen:
wahlpruefsteine@gruene-berlin.de

Berlin, 5. August 2026

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin auf die Wahlprüfsteine des berliner frauen netzwerk (bfn) zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Welche konkreten haushaltspolitischen Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um eine verbindliche, mehrjährige institutionelle Förderung im Bereich feministischer Infrastruktur sicherzustellen?

- 1. Bitte benennen Sie konkrete Haushaltstitel, Finanzierungsmodelle oder Umschichtungen.**
- 2. Welche finanziellen Aufwüchse sind konkret geplant und bis wann sollen sie erfolgen?**
- 3. Wie werden Sie sicherstellen, dass die Trägervielfalt bestehen bleibt und auch kleinere autonome Projekte finanziell abgesichert werden?**

Viele soziale Träger sind angesichts der Kürzungspolitik des schwarz-roten Berliner Senats zu Recht auf die Straße gegangen. Wir stehen für eine andere Haushaltspolitik. Gerade in Zeiten knapper Kassen braucht es einen transparenten, fairen und verlässlichen Umgang mit den geförderten zivilgesellschaftlichen Projekten. Pauschale „Rasenmäherkürzungen“ lehnen wir ab. Im laufenden Haushaltsverfahren haben wir eigene Vorschläge vorgelegt, um Kürzungen im Gleichstellungsbereich, in der Gewaltprävention und in der Demokratiebildung zu vermeiden und zentrale Strukturen abzusichern. Gleichstellung ist Teil unserer grünen DNA und hat für uns daher eine hohe Priorität. Dass ein Teil der vorgesehenen Kürzungen zurückgenommen wurde, begrüßen wir. Gleichzeitig halten wir es für notwendig, auch die verbleibenden Kürzungen kritisch zu überprüfen, insbesondere dort, wo sie die soziale Infrastruktur sowie die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und damit Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben betreffen.

Darüber hinaus setzen wir uns für ein modernes Zuwendungsrecht ein, das soziale und zivilgesellschaftliche Projekte besser unterstützt. Wir wollen die Abläufe medienbruchfrei digitalisieren, mehrjährige Fördermöglichkeiten schaffen und eine Gemeinkostenpauschale einführen, um Träger zu entlasten und die Abrechnung zu vereinfachen. Finanzanträge

sollen schneller beschieden werden, damit Projekte und Beschäftigte frühzeitig und langfristig Planungssicherheit erhalten.

Unser Ziel ist eine verlässliche Förderpolitik, die die Trägervielfalt sichert und insbesondere langjährig gewachsene, autonome und zivilgesellschaftliche Strukturen nachhaltig stärkt. Eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik muss gerade im Bereich der feministischen Infrastruktur Planungssicherheit schaffen.

Die konkrete Ausgestaltung des Landeshaushalts, einzelner Haushaltstitel sowie mögliche Mittelaufwüchse oder Umschichtungen obliegt dem neu gewählten Abgeordnetenhaus im Rahmen seiner Haushalts- und Gesetzgebungskompetenz. Verbindliche Zusagen zu einzelnen Haushaltstiteln, konkreten Beträgen oder festen Zeitplänen in Wahlprogrammen wären daher nicht seriös. Ein Wahlprogramm kann politische Ziele und Prioritäten benennen, aber keinen zukünftigen Haushalt vorwegnehmen.

Wie will Ihre Partei feministische Infrastruktur dauerhaft absichern und verhindern, dass Personalabbau, Angebotskürzungen oder Projektauflösungen durch unsichere Finanzierung entstehen?

- 1. Welche gesetzlichen, haushaltsrechtlichen oder förderpolitischen Schutzmechanismen sind dafür vorgesehen?**
- 2. Wie wird sichergestellt, dass Beschäftigte in feministischen Projekten tarifgerecht, existenzsichernd und langfristig arbeiten können?**
- 3. Plant Ihre Partei verbindliche Tarifstandards, mehrjährige Förderzusagen oder andere Förderbedingungen, die Trägern Planungssicherheit geben und prekäre Beschäftigung verhindern?**

Eine verlässliche feministische Infrastruktur braucht stabile Rahmenbedingungen, transparente Verfahren und eine langfristige Förderperspektive. Die konkrete Ausgestaltung von Haushaltsentscheidungen und Förderbedingungen obliegt dem neu gewählten Abgeordnetenhaus im Rahmen seiner Haushalts- und Gesetzgebungskompetenz. Verbindliche Zusagen zu einzelnen Förderhöhen oder zukünftigen Haushaltstiteln können daher nicht vorweggenommen werden.

Wir setzen uns für ein modernes Zuwendungsrecht ein, das soziale und zivilgesellschaftliche Projekte besser unterstützt und ihnen mehr Planungssicherheit gibt. Dazu gehören Möglichkeiten der mehrjährigen Förderung, die Beschäftigten und Trägern Sicherheit über das laufende Haushaltsjahr hinaus ermöglichen, sowie die Einführung einer Gemeinkostenpauschale, um Verfahren zu vereinfachen und Projekte zu entlasten. Gerade in Zeiten knapper Kassen lehnen wir kurzfristige Einsparlogiken und pauschale Kürzungen ab. Feministische Infrastruktur, Gewaltprävention und Gleichstellungsarbeit sind für uns unverzichtbare Bestandteile einer demokratischen und sozialen Stadt. Wir werden ein Demokratiefördergesetz auf den Weg bringen, dass für Demokratieprojekte eine verlässliche Finanzierung bietet.

Wir wollen, dass geförderte Projekte verlässlich arbeiten können und Beschäftigte faire Arbeitsbedingungen vorfinden. Dazu gehört für uns auch, Förderstrukturen so

weiterzuentwickeln, dass Träger langfristiger planen können und die vielfältige zivilgesellschaftliche Infrastruktur erhalten bleibt.

Welche konkreten Ausbauziele verfolgt Ihre Partei für Feministische Zentren?

- 1. Sollen neue Zentren geschaffen werden – wenn ja, wo und in welchem Umfang?**
- 2. Wie wird ihre Erreichbarkeit (inkl. Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit) verbessert?**

Feministische Zentren und Beratungsangebote sind wichtige Orte für Empowerment, Unterstützung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen eine Stadt, in der soziale und zivilgesellschaftliche Infrastruktur gestärkt wird und Menschen niedrigschwellig Zugang zu Beratung und Unterstützung erhalten.

Wir setzen auf gut ausgestattete, dezentrale Hilfestrukturen, Stadtteilarbeit sowie niedrigschwellige Beratungs- und Präventionsangebote. Dabei ist uns wichtig, dass wir Angebote finanzieren, die diskriminierungskritisch, mehrsprachig und barrierearm gestaltet sind. Sie sollen die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Menschen in Berlin berücksichtigen und insbesondere Menschen erreichen, die von Mehrfachdiskriminierung betroffen sind.

Konkrete Ausbauziele einzelner Zentren oder Standorte müssen im Rahmen der zukünftigen Fach- und Haushaltsentscheidungen des neu gewählten Abgeordnetenhauses entwickelt werden. Unser Ziel ist eine vielfältige soziale Infrastruktur, die allen Menschen in ganz Berlin zugänglich ist und insbesondere marginalisierte Gruppen stärkt. Dafür wollen wir mit Mitteln des Gewalthilfegesetzes die Beratungslandschaft ausbauen.

Welche konkreten Programme, Plätze und Budgets plant Ihre Partei für den Ausbau arbeitsmarktpolitischer Projekte für FLINTA*?

- 1. Wie viele zusätzliche Teilnahmeplätze, Qualifizierungsangebote oder Beratungsstellen sollen geschaffen werden?**
- 2. Durch welche Maßnahmen soll der Zugang zum Arbeitsmarkt für besonders benachteiligte Gruppen verbessert werden?**

Wir setzen uns dafür ein, Frauen auf dem Arbeitsmarkt gezielt zu stärken und bestehende Benachteiligungen abzubauen. Dazu gehören die Förderung von Frauen in MINT-Berufen, in der Wissenschaft und im Handwerk, Programme für den beruflichen Wiedereinstieg sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die von der schwarz-roten Berliner Koalition vorgenommenen Kürzungen bei arbeitsmarktpolitischen Projekten im letzten Haushaltsverfahren haben wir abgelehnt. Wir haben eigene Änderungsvorschläge eingebracht, um diese Kürzungen zurückzunehmen und wertvolle, langjährig gewachsene Strukturen zu sichern. Denn gerade Projekte, die Frauen beim Zugang zum Arbeitsmarkt unterstützen, sind zentral: Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist eine wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und gewaltfreies Leben. Darüber hinaus wollen wir die Rahmenbedingungen für arbeitsmarktpolitische Projekte verbessern. Ein modernes Zuwendungsrecht mit mehrjährigen Fördermöglichkeiten und weniger Bürokratie soll Trägern mehr Planungssicherheit geben und verlässliche Arbeit ermöglichen.

Welche konkreten Maßnahmen im Gewaltschutz wird Ihre Partei umsetzen und finanzieren?

- 1. Wie viele zusätzliche Schutzplätze (z. B. in Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen) sollen bis wann geschaffen werden?**
- 2. Wie will Ihre Partei gewaltbetroffenen FLINTA* trotz angespanntem Wohnungsmarkt den schnellen Zugang zu eigenem Wohnraum ermöglichen?**
- 3. Wie wird die Finanzierung von Fachberatungsstellen, Krisendiensten und Präventionsangeboten gesichert und ausgebaut?**
- 4. Welche Mittel sind verbindlich für Sprachmittlung, Barrierefreiheit, Kinderbetreuung und aufsuchende Arbeit eingeplant?**

Gewalt gegen Frauen und geschlechtsspezifische Gewalt sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für uns ist klar: Die Mittel aus dem Gewalthilfegesetz müssen zusätzlich für Gewaltschutz und Gewaltprävention eingesetzt werden und dürfen nicht zur allgemeinen Haushaltsentlastung dienen.

Konkret wollen wir mehr Beratungsangebote schaffen, zwei neue Frauenhäuser für Berlin ermöglichen und mehr suchtmittelakzeptierende Einrichtungen und Schutzwohnungen mit expliziten Zugängen für marginalisierte Gruppen schaffen. Dazu wollen wir auch die Sprachmittlung ausbauen.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt für uns auf der Bekämpfung digitaler Gewalt und der Stärkung von Polizei, Justiz und Behörden im Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt. Digitale Gewalt ist eine zentrale Form geschlechtsspezifischer Gewalt – von Hassrede, Bedrohungen und Cyberstalking bis hin zu bildbasierter sexualisierter Gewalt und der nicht-einvernehmlichen Verbreitung privater Inhalte.

Wir werden Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene digitaler Gewalt ausbauen, berlinweite Melde- und Dokumentationsstrukturen stärken sowie Fortbildungsprogramme zu digitaler Gewalt für Polizei, Justiz, Verwaltung, Schulen und Jugendhilfe umsetzen. Polizei und Justiz sollen durch verpflichtende Schulungen besser für digitale Gewalt sensibilisiert und im Umgang mit Betroffenen gestärkt werden.

Auch im Umgang mit geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt wollen wir Behörden und Einrichtungen stärker in die Verantwortung nehmen. Deshalb stellen wir sicher, dass alle Anlaufstellen für Betroffene verbindlich sensibilisiert und geschult werden. Bei der Polizei wollen wir standardisierte Verfahren im Umgang mit geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt nach spanischem Vorbild etablieren und die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz, Jugendämtern und Beratungsstellen stärken. An den Strafgerichten wollen wir eine Sonderzuständigkeit für Sexualdelikte schaffen.

Darüber hinaus wollen wir das Hilfesystem bedarfsgerecht weiterentwickeln und bestehende Strukturen stärken. Alle Angebote müssen niedrigschwellig, mehrsprachig, barrierearm und inklusiv gestaltet sein, damit alle betroffenen Frauen unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder Behinderung Zugang zu Schutz und Unterstützung erhalten.

Wohnen ist die soziale Frage in Berlin. Der Zugang zu sicherem eigenem Wohnraum ist für viele gewaltbetroffene Frauen eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.

Deshalb wollen wir mehr Zweite-Stufe-Wohnungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie Schutzwohnungen mit expliziten Zugängen für marginalisierte Gruppen schaffen. Zudem bauen wir „Housing First“ für Frauen aus, unterstützen Wohnungsvermittlungen wie asap e.V. und erweitern Perspektiven auf eigenen Wohnraum.

Auch über den Gewaltschutz hinaus setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum und eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik ein. Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sollen stärker soziale Verantwortung übernehmen und zur sozialen Wohnraumversorgung beitragen. Zentral ist für uns unser Vorschlag für ein Besser-Mieten-Gesetz. Große Wohnungsunternehmen wollen wir mit einem Berliner Besser-Mieten-Gesetz dazu verpflichten, Sozialwohnungen anzubieten. Gerade für besonders vulnerable Gruppen braucht es niedrigschwellige Unterstützung und verlässliche Zugänge zu Wohnraum.

Wie will Ihre Partei die Lebensrealitäten von geflüchteten und migrantisierten FLINTA* konkret verbessern?

- 1. Welche bürokratischen Hürden sollen bis wann abgebaut werden?**
- 2. Welche Zugänge (Arbeitsmarkt, Gesundheitsversorgung, Gewaltschutz) werden konkret erleichtert?**
- 3. Wie soll Gewaltschutz für geflüchtete FLINTA* im Rahmen der GEAS gewährleistet werden?**

Für uns ist klar: Feministische Politik muss die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Frauen und marginalisierten Gruppen berücksichtigen. Wir wollen, dass alle Menschen in Berlin unabhängig von Herkunft, Aufenthaltsstatus, Behinderung oder anderen Diskriminierungserfahrungen sicher, selbstbestimmt und gleichberechtigt leben können. Wir wollen Zugänge zu Schutz, Beratung und Unterbringung unabhängig vom Aufenthaltsstatus gewährleisten und die Angebote barrierefrei, mehrsprachig, diskriminierungsfrei und traumasensibel gestalten. Gerade für geflüchtete und migrantische Frauen ist der Abbau von Zugangshürden zentral. Deshalb bauen wir Sprachmittlung aus und stärken niedrigschwellige Angebote. Wir senken die Hürden für eine eheunabhängige Aufenthaltserlaubnis und setzen uns im Bund für die Schließung von Schutzlücken im Aufenthaltsgesetz ein.

Auch im Gesundheitsbereich wollen wir eine diskriminierungsfreie und flächendeckende Versorgung schaffen. Dazu gehören der Ausbau frauengesundheitlicher, queersensibler und mehrsprachiger Angebote sowie die Berücksichtigung von Mehrfachdiskriminierung, etwa durch Rassismus oder fehlende Sprachmittlung.

Im Gewaltschutz wollen wir das Hilfesystem inklusiv weiterentwickeln: Wir schaffen mehr Schutzangebote mit expliziten Zugängen für marginalisierte Gruppen und stellen sicher, dass Schutz und Unterstützung allen Betroffenen offenstehen.

Viele migrationsrechtliche Regelungen, insbesondere im Rahmen von GEAS, werden auf europäischer und Bundesebene entschieden. Wir setzen uns auf diesen Ebenen für menschenrechtskonforme Regelungen ein und gestalten dort, wo Berlin zuständig ist, sichere und diskriminierungsfreie Zugänge zu Unterstützung und Schutz.

Welche konkreten politischen Schritte und Zeitpläne verfolgt Ihre Partei zur Sicherung von sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung?

- 1. Wie positioniert sich Ihre Partei zur Reform bzw. Abschaffung des §218 StGB und welche konkreten Initiativen wird sie dazu auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene unterstützen?**
- 2. Welche landespolitischen Maßnahmen sind geplant, um die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Personen praktisch zu stärken (z. B. in Verwaltung, Bildung, Gesundheitsversorgung)?**
- 3. Welche Maßnahmen sind geplant, um sichere Arbeitsbedingungen für straßenbasierte Sexarbeit von FLINTA* zu schaffen?**

Für uns Bündnisgrüne ist sexuelle und geschlechtliche Selbstbestimmung ein unveräußerlicher Teil von Gleichberechtigung und Menschenwürde. Wir wollen, dass alle Menschen in Berlin frei und selbstbestimmt leben können und setzen uns dafür ein, Diskriminierung abzubauen und Teilhabe zu stärken.

Zu 1.: Zur Reform des § 218 des Strafgesetzbuchs ist für uns klar: Schwangerschaftsabbrüche gehören nicht ins Strafgesetzbuch. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Abschaffung des § 218 ein, weil das Recht von Schwangeren, über den eigenen Körper und die eigene reproduktive Gesundheit zu entscheiden, ein unveräußerlicher Teil ihrer Selbstbestimmung und Gleichberechtigung ist. Dafür wollen wir den von der Union im Bundestag verhinderten Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in den Bundesrat einbringen.

Zu 2.: Die Rechte von trans*, inter* und nicht-binären Menschen wollen wir in allen Lebensbereichen stärken. Dazu gehören diskriminierungsfreie Zugänge zu Gesundheitsversorgung, Beratung, Bildung, Verwaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir wollen queersensible Angebote ausbauen und Fachpersonal gezielt fort- und weiterbilden.

Zu 3.: Für Sexarbeiter*innen wollen wir Schutz, Entkriminalisierung und Entstigmatisierung stärken. Wir setzen die Ergebnisse des unter Rot-Rot-Grün einberufenen „Runden Tisches Sexarbeit“ um und entwickeln gemeinsam mit den Bezirken Präventions- und Schutzkonzepte, insbesondere für den Kurfürstenviertel. Ziel sind sichere, hygienische Arbeitsorte, eine bessere gesundheitliche Versorgung und qualifizierte rechtliche Beratung. Fachberatungsstellen sollen um psychologische Beratungsangebote erweitert werden.

Wie stellt Ihre Partei sicher, dass steigende Bedarfe durch den Anstieg von häuslicher, sexualisierter und queerfeindlicher Gewalt nicht auf bestehende, bereits ausgelastete Strukturen abgewälzt werden? Gibt es konkrete Bedarfsanalysen und Ausbaupläne mit Zeitrahmen?

Die steigenden Gewaltzahlen sind alarmierend. Sie dürfen nicht dazu führen, dass die Mehrbelastung auf bestehende, bereits stark beanspruchte Strukturen abgewälzt wird. Der Gewaltschutz in Berlin muss bedarfsgerecht weiterentwickelt und dauerhaft gestärkt werden.

Wir wollen das Gewalthilfegesetz konsequent umsetzen und mit Hilfe einer regelmäßigen Bedarfsanalyse die dafür vorgesehenen Bundesmittel für zusätzliche Maßnahmen im Gewaltschutz einsetzen. Konkret schaffen wir mehr Beratungsangebote, zwei neue Frauenhäuser, mehr Zweite-Stufe-Wohnungen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie suchtmittelakzeptierende Einrichtungen und Schutzwohnungen mit expliziten Zugängen für marginalisierte Gruppen. Darüber hinaus wollen wir Fachberatungs- und Interventionsstellen ausbauen, Prävention und Täterarbeit stärken sowie niedrigschwellige, barrierearme und inklusive Angebote sicherstellen.

Grundlage für eine bedarfsgerechte Planung sind verlässliche Daten und die Einbeziehung der Fachpraxis. Deshalb möchten wir eine verbesserte Datenerhebung, um eine wissenschaftliche und gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung zu konkreten Bedarfen auf der Basis verlässlicher Daten zu ermöglichen.